



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/168 - 26. Juli 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Ein Interview mit Prof. Dr. Ludwig Preller, MdB.	S. 1
Republik Tunesien	S. 3
Verstärkte Jugendflucht aus der Zone	S. 4
CSU und CDU im Widerstreit an der Saar	S. 6
Die Früchte hängen hoch...	S. 7
"Lakaien und Schwanzwedler"	S. 9

Der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, Prof. Dr. Ludwig Preller, MdB, hat dem SPD-Pressediens einige Fragen beantwortet, die sich mit der Herausgabe des "Sozialplans für Deutschland" befassen.

Warum "Sozialplan für Deutschland"?

Vor einigen Tagen ist im Verlag NACH, J.H.W. DIETZ, Hannover, der "Sozialplan für Deutschland" erschienen. Aus welchen Gründen wurde der Sozialplan herausgegeben und was ist der Anlass dazu?

Zu Beginn der Tätigkeit des zweiten Bundestages versprach die Bundesregierung eine "umfassende Sozialreform". Leider ist diese Zusage nicht eingehalten worden. Nicht einmal brauchbare Leitgedanken wurden entwickelt, obwohl ein "Sozialkabinett" und ein "Generalsekretariat für die Sozialreform" gebildet worden waren. Auch die gründliche Arbeit des Beirates beim Bundesarbeitsministerium blieb praktisch unbeachtet, wie insbesondere die Rentengesetze erwiesen. Auf Anregung des Parteivorstandes der SPD hat deshalb eine Gruppe von 19 Sachverständigen in etwa einjähriger Zusammenarbeit den "Sozialplan für Deutschland" ausgearbeitet.

Was sind die Grundideen des Sozialplans?

Die Verfasser sind von der Erkenntnis ausgegangen, dass vorgefundene soziale Notstände aus gesellschaftlichen Zuständen hervorgehen. Man muss also den Ursachen der Notstände nachspüren, wenn man soziale Not vermeiden und nicht nur eingetretene Notstände lindern will. Der Gedanke

der Vorbeugung durch Einflussnahme auf die sozialen Zustände steht deshalb im Mittelpunkt des Sozialplanes; Vorbeugung nicht nur auf dem Gebiete der Gesundheit, sondern ebenso im Bereich der Arbeitsfindung, der Invalidität und der Fürsorge.

Danach beruht der Sozialplan vor allem auf Kritik an Bestehenden?

Jede Sozialreform baut auf Kritik auf. Das ist keine Sonderheit des sozialdemokratischen Sozialplanes. Dieser setzt vielmehr nur die Sonde tiefer an; eben bei den Ursachen der vorgefundenen Notstände. Im übrigen hat die SPD-Fraktion schon 1952 eine "unabhängige Studienkommission" im Bundestag gefordert. Wäre dieser Vorschlag nicht von den Regierungsparteien sabotiert worden - dem endlich gebildeten "Beirat" mangelte trotz aller Anerkennung seiner Leistung die Unabhängigkeit -, so hätten schon 1954 gemeinsam erarbeitete Feststellungen über die hier in Betracht kommende sozialen Verhältnisse und Vorschläge zu deren Behebung vorliegen können. Diesen Mangel soll nun der Sozialplan abhelfen. Er enthält nicht nur eine Schilderung und Kritik der sozialen Zustände in der Bundesrepublik, sondern vor allem ausgefeilte konkrete Vorschläge für ein System der Sozialen Sicherung. Das besondere am Sozialplan ist, dass er die verschiedenen Zweige der Sozialen Sicherung - die Gesundheitssicherung, die Arbeitssicherung, die wirtschaftliche Sicherung, die zur Sozialhilfe umgestaltete Fürsorge - nicht isoliert betrachtet, sondern in ihrer inneren Verbundenheit. Das zeigt sich vor allem auch im finanziellen Teil, der ein über 20 Jahre errechnetes Sozialbudget aufweist und in dem festgestellt wird, dass eine "umfassende Sozialreform" keine Erhöhung von Beiträgen und Staatszuschüssen erfordert.

Heisst dies, dass der Sozialplan eine günstige Wirtschaftspolitik voraussetzt?

Die in bürgerlichen Kreisen häufig gebrauchte Wendung, dass eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik sei, beruht auf der fundamentalen Verknüpfung der Bedeutung der Arbeitskraft in der Gesamtwirtschaft. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik bedingen einander in dem Sinne, dass die Überproduktion, für die die Wirtschaftspolitik sich einsetzt, ohne leistungsfähige Arbeitskräfte nicht durchgeführt werden könnte. Den Arbeitskräften aber diese Leistungsfähigkeit zu sichern und sie zu fördern, ist die Aufgabe einer neuzeitlichen Sozialpolitik, wie sie der Sozialplan entwickelt.

Befasst sich der Sozialplan demnach allein mit vorbeugender Gesundheitssicherung und Sicherung des Arbeitsplatzes?

Keineswegs. Die Gesundheits- und die Arbeitssicherung sind zwar die Kernstücke des Planes. Er geht jedoch ebenso intensiv auf die Heilung, auf die Ärzte-, die Krankenhausfragen ein und er entwickelt eine auf Mitwirkung der Betroffenen aufbauende Sozialhilfe. Für die Gestaltung d Renter und ihrer Anpassung an den Lohrwert werden die im Rentengesetzentwurf der SPD vom Mai 1956 entwickelten Grundsätze erläutert und weiter ausgebaut.

Was ist denn das Ziel des Sozialplans?

Ziel ist nicht nur eine verbesserte materielle soziale Leistung; Ziel ist vielmehr, dem einzelnen die soziale Chance zu verschaffen, sein Leben möglichst unbehindert durch Notstände, wie Krankheit, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit aus eigenen Kräften aufzubauen und damit immer mehr zu sich selbst zu kommen.

Was ist das nächste Ziel Bourguibas?

Von unserem Pariser Korrespondenten

Mit dem Sturz des während des zweiten Weltkrieges von Frankreich eingesetzten Bey von Tunis ist das letzte Symbol für die Herrschaft der Franzosen über Tunesien ausgelöscht. Es spricht für die Schlaueit und Zielstrebigkeit seines Nachfolgers, des bisherigen Ministerpräsidenten Habib Bourguiba, dass er für seinen gezielten und unblutig verlaufenen Staatsstreich einen Zeitpunkt wählte, in dem Frankreich, hoffnungsloser als jemals, in die algerischen Wirren verstrickt ist. Die Verwandlung Tunesiens zu einer Republik lief mit der Präzision eines Uhrwerks ab, weder gab es ausländische Interventionen noch erhob sich im tunesischen Parlament auch nur ein Finger für den gestürzten Monarchen. Frankreich blieb nichts anderes übrig, als den tunesischen Szenenwechsel zur Kenntnis zu nehmen; es mag vielleicht darin das Ergebnis einer Entwicklung sehen, die nicht mehr aufzuhalten ist.

Diese Zurückhaltung, wenn nicht gar Resignation, steht freilich in einem umso grösseren Kontrast zum Verhalten Frankreichs in Algerien. Was die französischen Regierungen unter dem Druck eines selbstbewussten Nationalismus den Marokkanern und Tunesiern widerwillig gewährten, wird den Algeriern hartnäckig verweigert. Die Fiktion, Algerien sei ein Bestandteil des französischen Mutterlandes, beherrscht die französische Politik, verdunkelt der Blick und treibt Frankreich in eine anscheinend ausweglose Lage. Die Chance, in Algerien eine schrittweise tunesische Entwicklung einzuleiten, ist wohl endgültig verpasst. Die algerischen Führer streben nach der Krone völliger Unabhängigkeit, von Zwischenlösungen wollen sie nichts mehr wissen. Der Sturz des letzten französischen Symbols für Tunesien dürfte ihren erbitterten Kampf neuen Auftrieb geben, wobei sie vielleicht auf direkte Unterstützung Bourguibas hoffen mögen.

In welcher Form ist eine solche Hilfe zu erwarten? Sie bildet das grosse Fragezeichen, auf das die französische Regierung keine Antwort weiss. Der neue Präsident Tunesiens ist kein Gegner Frankreichs geworden, er hat sich aus wohlwogenden Gründen gehütet, die letzten Bande zu zerschneiden, seine dem Westen wohlgesinnte Einstellung liess ihn auch zu einem erklärten Gegner des Kommunismus und seiner Gelüste auf Nordafrika werden. Sicherlich wird sich diese Grundhaltung dieses gescheiterten Politikers nicht ändern, wohl aber dürften sich einige Akzentverschiebungen ergeben. Für Bourguiba bedeutet das höchste Amt, das sein Land zu vergeben hat, gewiss nicht das Ende seines politischen Engagements, seine weitergehenden Bestrebungen gelten der Schaffung einer nordafrikanischen Föderation, bestehend aus Marokko, Tunesien und als notwendiges Mittelstück Algerien. Koch sind die Möglichkeiten der Verwirklichung solcher kühner und die politische Landschaft Nordafrikas unformender Ideen nicht zu erkennen. Die Persönlichkeit des tunesischen Präsidenten bürgt jedoch dafür, dass sie nicht Luftschlösser bleiben werden.

Der unblutige Umsturz in Tunesien bringt somit ein neues dynamisches Element in die ohnehin von Spannungen geladene Atmosphäre Nordafrikas, und es wird die Franzosen wohl oder übel zwingen, ihre bisherige unfruchtbare Algerienpolitik mit ihren Hexatomben von Opfern neu zu überdenken. Es gibt in Frankreich nicht wenige Stimmen, die in Bourguiba den Mann sehen, dessen Weitblick und Hilfe unentbehrlich für die Befriedung Nordafrikas sein wird. Die Frage ist nun, ob sich diese Stimmen gegenüber jenen mächtigen Kräften durchsetzen, die durch ihre Blindheit und rückwärts gewandte Politik die algerische Tragödie verschuldeten.

Anhaltender Substanzverlust

B.Z.- Berlin

Wer nach Anzeichen für die innere Situation der Sowjetzone sucht, der findet ein Spiegelbild der Belastung, der die Zonenbevölkerung als Ganzes oder einzelne Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sind, in der Berliner Statistik des Flüchtlingsstroms. Wenn im Juli ein allgemeines beträchtliches Ansteigen der Flüchtlingszahlen festzustellen ist - die seit November 1956 bis Ende Juni 1957 fast gleich gebliebene täglich durchschnittliche Flüchtlingszahl von 300 ist in der zweiten Juliwoche bereits auf 422 hinaufgeschossen - so wird im Hinblick auf diese erneute allgemeine Steigerung der Flüchtlingszahlen übersehen, dass die Flucht der Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren bereits im ersten Halbjahr 1957 einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

In den ersten sechs Monaten 1957 lag der Anteil der jugendlichen Flüchtlinge am Gesamtflüchtlingsstrom weit höher als jemals in einem Halbjahr zuvor. Besonders charakteristisch ist, dass der Anteil der männlichen jugendlichen Flüchtlinge am gesamten männlichen Flüchtlingsstrom in der Zeit zwischen Januar und Juni dieses Jahres 40,5 Prozent beträgt.

Im ersten Halbjahr 1957 sind insgesamt 12 528 Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren aus der Zone nach Westberlin geflüchtet. Das sind 0,7 Prozent des Gesamtbestandes dieser Altersklassen der Zone, wenn man die offiziellen statistischen Angaben Pankows über das Jahr 1955 zugrunde legt. Der prozentuale Anteil der männlichen Jugend am Flüchtlingsstrom in Höhe von 40,5 Prozent kann in seiner ganzen Bedeutung aber erst dann richtig bewertet werden, wenn man bedenkt, dass in Wirklichkeit nur 11,4 Prozent der männlichen Zonenbevölkerung auf Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren entfallen.

Zeigt sich im Vergleich dieser Zahlen der ungeheure Verlust, den die Zone in immer stärkerem Masse an ihren bevölkerungspolitischen Kräftepotential und nicht weniger in einem der wichtigsten Sektoren ihres Arbeitskräftereservoirs erleidet, so sind selbst bei einer oberflächlichen Analyse der Zonensituation die ursächlichen Zusammenhänge bei der sich laufend verstärkenden Jugendflucht zu erkennen. Diese Massenflucht der Jugendlichen gibt uns aufschlussreichere Schlussfolgerungen auf die Zonensituation, wenn man berücksichtigt, dass die Zonenjugend die Wehrpflicht, die sie bei einer Absetzung nach dem Westen erwartet,

26. Juli 1957

genau so wie die westdeutsche Jugend ablehnt.

Dass die Flucht der männlichen Jugend aus der Zone gerade in den ersten sechs Monaten dieses Jahres einen neuen Höhepunkt erreicht hat, ist ^{aus} den Repressalien zu verstehen, denen die Zonenjugend wieder ausgesetzt ist. Es ist nicht nur die durch das Westreiseverbot erneut verstärkte Abschneidung weiter Teile der Jugendlichen vom Westen, sondern auch der starke Druck, der auf der Arbeiterjugend in den Betrieben lastet. Mit dem "Arbeiterjugendkongress" der FDJ in Magdeburg begann ein Kesselstreiber gegen die Betriebsjugend, die nach dem Beschluss der 16. Tagung des FDJ-Zentralrats als "sozialistische Jugendkampforganisation" Musterbeispiele der Produktionssteigerung vollbringen soll. Durch den Plan der SED, das System der "Jugendbrigaden" konsequent in der gesamten Produktion zu erweitern, soll die Grundlage dafür geschaffen werden, die Jungarbeiter zu einer Erhöhung ihrer Arbeitsleistung zu pressen. Der Kampf um die "sozialistische Arbeitsmoral" soll wegen des Widerstandes der älteren, erfahreneren Arbeiter auf dem Rücken der Betriebsjugend ausgetragen werden.

Auch eine vor einigen Wochen eingesetzte neue Werbung der Jugendlichen zum Eintritt in Ulbrichts "Nationale Volksarmee" hat zu einer verstärkten Flucht nach Westberlin geführt. Wenn Pankow heute auch "verkleinerte" Werbemethoden anwendet und von den im Jahre 1955 praktizierten krassen Erpressungsmassnahmen absieht, so stellt in der Endkonsequenz auch diese neue Werbekampagne eine Druckmassnahme dar, gegen die es auf die Dauer keinen Widerstand geben kann. Während man den Studenten erklärt, sie würden bei einer Verweigerung des "patriotischen Ehrendienstes" das Recht zum weiteren Hochschulstudium verlieren, macht man den Jungarbeitern mit zynischer Offenheit klar, dass die Möglichkeit einer weiteren fachlichen Ausbildung, sei es im Betrieb oder später auf einer Fachschule, einzig und allein von der Bereitschaft dieser jungen Arbeiter zur Ableistung eines zweijährigen Dienstes in der "Nationalen Volksarmee" abhängt.

* * *

- 5 -

Saarseparatisten an der Seite Adenauers

sp- Wir lesen in der Saarbrücker "Allgemeinen Zeitung": "Die CDU-Fraktion des saarländischen Landtages hat sich dem Vornehmen nach Anfang dieser Woche mit der zur CSU gewordenen CVP, also mit ihrer feindlichen "christlichen" Bruder befasst und ist mit ihren Beratungen nicht zu Erde gekommen. Das Nebeneinander von CDU und CSU in einem kleinen Land und ihr Wettlauf um die Gunst des höchsten Chefs Dr. Adenauer wird bis zum 15. September noch Situationen heraufbeschwören, die der Komik nicht entbehren. Bei dem Wahlergebnis der beiden sogenannten christlichen Parteien geht es ja nicht nur um die Zahl der Bundestagsabgeordneten, sondern in weit stärkerem Masse um die Frage, wer nach den Wahlen was Bedingungen für die Zusammenarbeit oder gar das Zusammengehen der Parteien stellen kann. Deshalb wird man unter Worttäuschung eines gemeinsamen Zieles auf Bundesebene erbittert um die Vormachtstellung im Lande ringen. Nach der Wahl wird die realistische Bundesführung der CDU nur noch ein Wehe für den Besiegten übrig haben und wie überall, wenn es um Machtpolitik geht, auch an der Saar mit den stärkeren "christlichen" Bataillonen marschieren.

Die interne Auseinandersetzung im "christlichen" Lager dokumentiert sich darin, dass es keine Wahlabsprachen der beiden "C"-Parteien in den Wahlkreisen an der Saar geben wird. Sie werden in jedem Wahlkreis je einen Kandidaten aufstellen, der für sich beanspruchen wird, der bessere Verfechter der das Abendland rettenden Politik Dr. Adenauers zu sein. Der Parteitag der CSU (CVP) vom vergangenen Sonntag hat offenbar die letzten Brücken für eine Verständigung abgebrochen. Dort ist der Hoffmann-Intimus und parlamentarische Staatssekretär Josef Kurtz zum Vorsitzenden gemacht worden. Dort wurden Herr Görgen Spitzenkandidat und Hoffmanns Kanzleichef Schlehofer Vorstandsmitglied. Herr Kurtz, der den Geheimfonds des Herrn Hoffmann zur Bekämpfung der deutschen Politik an der Saar kontrollierte und die Verbrennung der Belege über Summen bestätigt, die einige Hundert Millionen ausmachten, kämpft nun Seite an Seite mit Dr. Adenauer gegen den mit einem Wahlsieg der SPD angeblich drohenden Untergang Deutschlands. Aber nicht nur er. Johannes Hoffmann blieb Ehrenpräsident des Landesverbandes der CSU mit Sitz und Stimme in ihren Gremien. Er ist also politisch in nächste Nähe des Bundesverteidigungsministers Strauß gerückt, dem er einmal 1951 die Einreise an die Saar wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten hat. "

Ratloses Bundesernährungsministerium

E.F. - Staatssekretär Sonnemann erklärte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz des Bundesernährungsministeriums, man müsse annehmen, dass sich Öffentlichkeit und Presse demnächst mit den überhöhten Obst- und Gemüsepreisen befassen werde. Deshalb sei es angebracht, sich "beizeiten" mit der Lage auf dem Obst- und Gemüsemarkt auseinanderzusetzen.

Der Staatssekretär befürwortet also eine Art Vorbeugungstherapie mit dem Ziel, der einsetzenden Kritik die Spitze zu nehmen. In einer vorbereiteten, zu Beginn der Konferenz zur Verteilung gebrachten Erklärung heisst es: "Die Preise für die bisherigen Früchbestarten, Erdbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren, Süß- und Sauerkirschen sind durchweg, zum Teil sogar beträchtlich höher, als zur gleichen Zeit in den beiden letzten Jahren".

Staatssekretär Sonnemann nannte für die eingetretenen Preissteigerungen mehrere Ursachen. Einmal die Minderernten im eigenen Land, gleich schlechte Ernten im europäischen Ausland und ferner die Erhöhung der Pflückerlöhne für Obst. Zur Untermauerung seiner Angaben dienten einige ebenfalls zur Verteilung gebrachte Preislisten, die neben den Grosshandelsabgabepreisen auch Zahlen über die ohne Zweifel etwas verstärkten Importe enthielten.

Nun sagen die Grosshandelsabgabepreise kaum etwas über die Verbraucherpreise aus. Bei diesen bestehen zugegebenermassen Preisunterschiede bis zu 100 Prozent im Endverkaufspreis. Wollte man das untersuchen, so müsse man Umfragen bei allen Stadtverwaltungen abhalten, erklärte der anwesende Referent des Ministers. Eine derart umständliche Art der Preispolitik dürfte den leidtragenden Verbraucher doch etwas in Erstaunen versetzen. Steht die Regierung den willkürlichen Spannerhöhungen wirklich so ohnmächtig gegenüber?

Es bleibt die Frage offen, ob tatsächlich alles getan wurde, um die Preisbewegung auf dem Obst- und Gemüsektor zu stoppen. Zu-

nächst steht fest, dass bei den Zollsenkungen die Agrarzölle völlig ausgenommen sind und dass insbesondere für ausländische Obst- und Gemüsekonserven Zollsätze bis zu 30 Prozent erhoben werden. Der Staatssekretär musste eingestehen, dass hier Möglichkeiten der Freisherabsetzung bestehen. "Zunächst müsste aber überprüft werden, - so meinte er - ob die eingeführten Konserven auch den deutschen Erfordernissen bezüglich Qualität und Gewicht entsprechen".

Ein sozialdemokratischer Antrag auf zeitweise Streichung der Zölle für Obst- und Gemüsekonserven ist jedenfalls mehrmals von der Regierung und von der Bundestagsmehrheit abgelehnt worden.

Man könne eventuell an die Einführung eines Von-Bis-Preissystems für Obst und Gemüse denken, liess der Staatssekretär verlauten. Auch hier sei daran erinnert, dass schon seit Beginn der letzten Legislaturperiode dem Bundestag ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf zur Ordnung des Obst- und Gemüsemarktes vorliegt, der die Einführung eines solchen Preissystems vorsieht. Damit würde dem Erzeuger und dem Verbraucher in gleicher Weise gedient und die insbesondere auf den Obst- und Gemüsemärkten eintretenden Preisschwankungen würden eingedämmt.

Staatssekretär Sonnenmann jedoch war der Ansicht, dass die einzige Möglichkeit, auf die Verbraucherpreise preisdämpfend zu wirken, in der Veröffentlichung der z.T. niedrigen Erzeugerpreise in den Tageszeitungen bestehe...

Anscheinend ist das zuständige Ministerium also nicht gewillt, vor der Wahl von sich aus etwas Entscheidendes gegen den jetzigen Zustand zu unternehmen. Die süssesten Früchte werden also weiter hoch oben hängen bleiben.

* * *

Wer hat recht?

sp. Der Herr Dr. Adenauer hat wieder einmal geredet. Diesmal in Gummersbach. Was er dort "verzählte", waren Ergänzungen zu seinen Reden in Nürnberg und Bamberg. Also Verleumdungen der SPD.

Die aus dem ganzen Bergischen Land zusammengetrommelten CDU-Mitglieder erhielten aber eine kalte Dusche, als plötzlich die allgemein bekannte internen Auseinandersetzungen in der CDU sogar bei dieser Wahlkundgebung zum Ausdruck kamen. Der Wahlkreis Kandidat Dr. Dresbach, dem diesmal die Landesdelegiertenkonferenz der CDU einen Platz auf der Landesliste versagte, meinte, er wisse die Ehre zu schätzen, dass ihn der Bundeskanzler im Wahlkampf als Sekundant diene. Das strafe die Gerüchte und Lügen, dass der Bundeskanzler nur Lakaien und Schwanzwedler um sich haben wolle. Er, Dresbach, fühle sich nicht an Weisungen von Gruppen- und Interessentenverbänden gebunden, sondern nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet. Vertreter von Gruppen und Interessenten kämen ja auf die Landesliste, "und da stehe ich nicht drauf".

Der in Gummersbach versammelte CDU-Fremde lief es kalt über den Rücken. Andere lachten laut los, denn schliesslich wurde hier in aller Öffentlichkeit von einem Mann, der es wissen muss, bestätigt, was seit langem alle Spatzen von den Dächern pfeifen.

Ob soviel Unverfrorenheit seines Parteifreundes Dresbach konnte Adenauer natürlich nicht schweigen. Nachdem er ein paar Mal unruhig um sich geblickt hatte, räusperte er sich und meinte schliesslich, dieser scharfen Kritik an der Landesliste könne er sich nicht anschliessen, "denn schliesslich stehe ich ja selbst auch drauf".

Wie verlautet, hat es nach der Kundgebung im vertrauten Kreis der CDU-Führung eine recht heftige Auseinandersetzung gegeben, wobei ein Vorstandsmitglied der Bergischen Kreisorganisation erklärte, die Tatsache, dass Adenauer auch auf der Landesliste steht, sei noch lange kein Beweis dafür, dass Dr. Dresbach nicht doch recht habe...

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel